

Presse-Information



**Bürgermeisterkandidat
Sascha Steinfels**

**An die
örtliche Presse**

**Gudrunstraße 6
40764 Langenfeld
Tel.: 0176/20059993
spd@sascha-steinfels.de
www.sascha-steinfels.de**

04.08.2009

SPD fordert: Klimaschutz forcieren – eigene Handlungsfähigkeit verbessern !

„Wir alle sind gefordert, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu treffen. Besonders die Städte müssen nachhaltige Zukunftsmodelle zur Verringerung der klimarelevanten Spurengase entwickeln. Die SPD Langenfeld fordert daher die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes, um alle relevanten Aufgabenfelder zu erfassen“, so SPD-Spitzenkandidat Sascha Steinfels.

Kernpunkte des Konzeptes müssen eine drastische Verringerung des Energieeinsatzes im Neu- und Altbereich durch innovatives Bauen wie Null-Energie-Häuser, Gebäudesanierung oder z.B. den Ersatz alter Heizungsanlagen in Wohn- und Gewerbebauten durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) sein. Die Stadtwerke Langenfeld müssen noch offensiver als Contractingpartner den Bau von Heizungs- und KWK-Anlagen betreiben und die Beratung über Fördermittel intensivieren. Zur Förderung erneuerbarer Energien sollen auf allen privaten und öffentlichen Dächern Anlagen zur solaren Strom- und Wärmeerzeugung installiert werden dürfen, die Bauleitplanung die Klimaschutzziele umsetzen. Städtische Baugrundstücke dürfen nur noch an Interessenten vergeben werden, die sich zur Einhaltung der Klimaschutzziele verpflichten (z.B. sog. KfW-40-Haus).

„Unsere Stadtwerke müssen in diesem Prozess eine besondere Rolle spielen. Ihre Handlungsfähigkeit erhöht sich erheblich, wenn die Stadt Herr im eigenen Haus ist“, führt Steinfels aus und verweist auf den höchst aktuellen Beratungsbedarf. In Langenfeld ist der Gasversorger „Thüga AG“ mit 20% beteiligt, in gleicher Höhe RWE, der Eigentümerin des Stromnetzes und Stromversorger in der Stadt. „Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen muß der Versorger E.ON seine in der „Thüga AG“ zusammengefassten Beteiligungen an Stadtwerken verkaufen. Die SPD Langenfeld fordert, dass die Stadtwerke einen Ankauf der Beteiligung der „Thüga AG“ prüfen Weiterhin fordert die SPD in 2010 eine gutachterliche Prüfung der Frage, ob die Stadtwerke nach Ablauf des Stromkonzessionsvertrages mit RWE das Stromnetz erwerben sollen. Steinfels: „Es ist nicht einzusehen, dass Gewinne aus dem Energieverkauf zu einem erheblichen Teil in fremde Kassen fließen und damit den Bürgerinnen und Bürgern quasi vorenthalten werden“.